

Weniger Prostitution = weniger Menschenhandel

Die EVP will die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen und den Pornokonsum senken, um damit auch den Menschenhandel zu bekämpfen. Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) lässt ein Prostitutionsverbot nach schwedischem Vorbild prüfen und überlegt sich eine Filterpflicht für die Internetprovider, wie sie in Grossbritannien eingeführt werden soll.

Die EVP hat sich den Kampf gegen den Menschenhandel auf die Fahne geschrieben. Sie engagiert sich auf verschiedenen Ebenen gegen dieses Verbrechen. Um die Nachfrage zu brechen und damit den Menschenhandel weniger lukrativ zu machen, hat EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) mit dem Postulat 12.4162 angeregt, ein Verbot der Prostitution zu prüfen. Der Vorstoss wurde am 22. März 2013 vom Nationalrat an den Bundesrat überwiesen. Nun wird dieser in einem Bericht die Auswirkungen eines Prostitutionsverbotes auf den Menschenhandel darlegen und dazu die Länder anschauen, welche bereits aktiv geworden sind. Schweden macht gute Erfahrungen mit einer Regelung, welche die betroffenen Frauen schützt und die Freier büsst. Die Forderung nach dem „Schwedischen Modell“ wird voraussichtlich Eingang ins neue Parteiprogramm der EVP Schweiz finden. Weiter bringt die EVP in einer Arbeitsgruppe gegen den Menschenhandel die interessierten Kreise weit über die Parteigrenzen hinaus an einen Tisch, um die verschiedenen Initiativen zu koordinieren. Schliesslich betreibt die EVP mit öffentlichen Anlässen Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit.

Auch international tut sich etwas im Kampf gegen den Menschenhandel. Grossbritannien macht vorwärts mit einem weitreichenden Pornofilter: die Internetprovider müssen die Inhalte von sich aus filtern, es sei denn, ein Erwachsener beantrage ausdrücklich die Freigabe der Inhalte auf seinem Anschluss. Bei Mobilfunkverträgen soll künftig für den Pornozugriff der Nachweis nötig sein, dass man über 18 Jahre alt ist. Premierminister David Cameron argumentiert, dass Online-Pornographie die Kindheit zersetze und dem Nachwuchs eine falsche Vorstellung von Liebe und Intimität vermittele. Nationalrätin Marianne Streiff prüft einen sinngemässen Vorstoss in der Schweiz, weil ein Zusammenhang zwischen Menschenhandel und Pornoindustrie bestehe und mit der Eindämmung des Pornokonsums auch der Frauenhandel bekämpft werden könne.

In Deutschland hat die Zeitschrift „Emma“ vor ein paar Tagen einen Appell gegen die Prostitution aufgesetzt. Er ist sehr gut formuliert und verdient es, auch hierzulande wahrgenommen zu werden. Seine Kernforderungen: Keine weitere Deregulierung der Prostitution. Schutz der betroffenen Frauen und der Minderheit männlicher Stricher. Prävention und Hilfen zum Ausstieg. Aufenthaltsrechte für die betroffenen Ausländerinnen. Ächtung und wenn nötig auch Bestrafung der Freier. Mit diesen Massnahmen soll die Prostitution kurzfristig eingedämmt und langfristig abgeschafft werden.

Morgen Samstag findet in Bern die Konferenz von StopArmut 2015 zum Thema Menschenhandel statt. Die EVP ist mit Nationalrätin Marianne Streiff (BE) im Programm vertreten und nimmt mit einem Stand an der Tischmesse teil. Sie macht damit beim interessierten Publikum auf ihr Engagement gegen den Menschenhandel aufmerksam.

Bern, den 1. November 2013/nh

Für Auskünfte:

Nationalrätin Marianne Streiff: 079 664 74 57

Heiner Studer, Präsident der EVP Schweiz: 079 445 31 70

Joel Blunier, Generalsekretär EVP Schweiz: 076 379 76 79

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation EVP Schweiz: 079 202 72 27